



Karl Lauterbach: „Ein neues Verständnis von öffentlicher Gesundheit entwickeln“

Digitaler Kongress Armut und Gesundheit mit knapp 2.000 Teilnehmenden hat begonnen

Berlin, 23.3.2022 | Am 22. März wurde der 27. Public Health-Kongress Armut und Gesundheit eröffnet. Im Verlauf von insgesamt drei Kongresstagen werden mehr als 100 Veranstaltungen in digitaler Form ausgerichtet. Fast 2.000 Teilnehmende nehmen am Kongress teil, mehr als 500 Referierende bringen sich inhaltlich in die Kongressgestaltung ein. Unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges, der Covid-19-Pandemie und der gravierenden Folgen des Klimawandels bekam das diesjährige Motto „Was jetzt zählt“ in der zentralen Eröffnung besonderes Gewicht.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, Schirmherr des diesjährigen Kongresses, nannte als zentrale Erkenntnis der vergangenen zwei Jahre, dass Gesundheit zukünftig einen anderen Stellenwert in Gesellschaft und Politik haben müsse. *„Dazu gehört auch, dass wir ein neues Verständnis von öffentlicher Gesundheit entwickeln, das von der gesamten Gesellschaft getragen wird.“* Auf zwei Themen käme es dabei in den kommenden Jahren besonders an: Zum einen auf die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), dem eine große Bedeutung auch bei der Bekämpfung gesundheitlicher Ungleichheit zukomme. Zum anderen müssen Prävention und Gesundheitsförderung gestärkt werden.

Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey, ebenfalls Schirmherrin des Kongresses, nahm die Auswirkungen der Pandemie in den Blick: *„Dabei geht es um weit mehr als nur medizinische Themen. Es geht darum, welche sozialen Fragen in der Pandemie aufgeworfen wurden. Vor dem Corona-Virus waren und sind nicht alle Menschen gleich! Diejenigen, die in sozial benachteiligten Lebenslagen leben, waren deutlich schwerer, öfter und härter von der Pandemie betroffen.“* Der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung dürfe nicht von der sozialen Lage abhängen. Als konkretes Beispiel nannte sie die Berliner "Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen".

Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, plädierte für ein neues Verständnis der Zusammenarbeit zwischen Politik, Wissenschaft, Verbänden und Zivilgesellschaft, um den Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen. *„Wir brauchen viel mehr Mut, um die Ecke zu denken, Mut zu (sozialen) Innovationen,“* so Allmendinger. *„Insbesondere brauchen wir aber alles, was das Vertrauen zueinander stärkt, was Orte der Begegnung, Orte des Miteinanders erzeugt. Und auch das muss bei allen Maßnahmen, die wir jetzt treffen, immer mit auf die Waagschale gelegt werden.“*

Als einen solchen Ort der Begegnung versteht sich der Kongress Armut und Gesundheit. Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes und von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., betonte, dass alle derzeitigen Krisen – Ukraine, Klima und Corona – einen starken Gesundheitsbezug aufwiesen und *„dass es immer die Armen und Verletzlichen sind, die auch gesundheitlich am meisten unter den globalen, regionalen und lokalen Katastrophen zu leiden haben“*. Daher sei es wichtig, neben konkreter Hilfe und gesundheitsförderlichen Interventionen auch *„Koalitionen zu schmieden, die der sowohl im Katastrophen- als auch im Normalbetrieb immer weiteren Spreizung von Gesundheits- und Lebenschancen in unserer Gesellschaft etwas Wirksames entgegensetzen“*.

Dies leitete über zur Diskussionsrunde. In dieser betonte **Ursula Nonnemacher**, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, dass es valider Gesundheits- und Sozial-Daten bedürfe, um eine bedarfsgerechte Gesundheits- und Sozialpolitik daraus abzuleiten. In Brandenburg werden auf einer solchen Grundlage u. a. Familienzentren als niedrigschwellige soziale Unterstützungsangebote ausgebaut. **Dr. Thomas Götz**, Staatssekretär für Gesundheit und Pflege des Landes Berlin, ergänzte dies um die Notwendigkeit, neue partizipative Versorgungsmodelle zu etablieren wie es die stadtteilbezogene Gesundheitszentren in Berlin sind.

Prof. Dr. Ansgar Gerhardus, Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Public Health (DGPH), reflektierte kritisch, dass es zu Beginn der Pandemie nicht gelungen sei, Zielkonflikte hinsichtlich der Wirkungen von Maßnahmen auf vulnerable Bevölkerungsgruppen aus der Perspektive von Public Health zu thematisieren. Er sprach sich dafür aus, künftig neben epidemiologischen Kennzahlen auch die Auswirkungen von Maßnahmen z. B. auf die Bildungschancen oder psychische Gesundheit früher zu messen und zu berücksichtigen.

Prof. Dr. Martin Dietrich von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) kommentierte das Problem der fragmentierten Kommunikation. Um gerade auch gesundheitliche Ungleichheit zu adressieren, sei eine Kommunikation „von der Stange“ nicht zielführend. Stattdessen bedürfe es der zielgruppenspezifischen, vertrauensbildenden Ansprache vor Ort. Hierbei spielten Public Health und der ÖGD eine wichtige Rolle. *„Die dialogorientierte Kommunikation ist ein Paradigmenwechsel, gerade in der Gesundheitskommunikation.“*

Den Mitschnitt der Eröffnungsveranstaltung findet sich auf unserer [Webseite](#).

Noch in den kommenden zwei Tagen werden verschiedene Schwerpunkte rund um gesundheitliche Ungleichheit, sozialen Determinanten von Gesundheit und Public Health in Deutschland beleuchtet, u. a.: aktuelle Daten zu gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland, Gesundheitskompetenz, psychosoziale Gesundheit, Covid-19 und Wohnungslosigkeit, Behinderung als besonderes Armutsrisiko, Planetary Health, (de)koloniale Perspektiven auf Covid-19, Ältere Menschen, Pflege, Geflüchtete, Nicht-Versicherte, Kinder und Jugendliche, Frühe Hilfen.

Eine Anmeldung zum Kongress ist weiterhin möglich.

Ausgerichtet wird der seit 1995 stattfindende Kongress von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. Mitveranstalter sind neben der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH) e. V. und der Berlin School of Public Health (BSPH) auch das BerlinHECOR und der Fachbereich Arbeitslehre, Technik und Partizipation der Technischen Universität Berlin. Zahlreiche Partner*innen unterstützen den Kongress Armut und Gesundheit.

Presseinformationen:

www.armut-und-gesundheit.de/presse

[EUPHA-Statement zum Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine](#)

Pressekontakt und Akkreditierung:

Marion Amler

amler@gesundheitbb.de

Der Kongress Armut und Gesundheit ist presseöffentlich.

Kongress Armut und Gesundheit 2022

22. bis 24. März 2022 | digital

www.armut-und-gesundheit.de

Twitter: [@Kongress_AuG](#): #KongressAuG2022 #Wasjetztzählt